

Fragen

für die Fragestunde der 21. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 8. März 2006

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Behm, Cornelia	19, 20	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	21, 49
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Dr. Loske, Reinhard	16, 17
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	12	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Haßelmann, Britta	26, 44	Möller, Kornelia (DIE LINKE.)	47, 48
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Dr. Paech, Norman (DIE LINKE.)	5, 6
Haustein, Heinz-Peter (FDP)	42, 43	Pau, Petra (DIE LINKE.)	7, 8
Heilmann, Lutz (DIE LINKE.)	11, 35	Pothmer, Brigitte	45, 46
Hettlich, Peter	1, 2	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Rohde, Jörg (FDP)	52, 53
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	3, 4	Scharfenberg, Elisabeth	24, 25
Höfken, Ulrike	14, 15	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Schewe-Gerigk, Irmgard	9, 10
Höhn, Bärbel	18, 23	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Steenblock, Rainer	31, 32
Dr. Hofreiter, Anton	27, 28	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Freiherr von Stetten, Christian (CDU/CSU)	29, 30
Kipping, Katja (DIE LINKE.)	38, 39	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	22
Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13	Dr. Terpe, Harald	33, 34
Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	40, 41	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Kurth, Markus	50, 51	Ulrich, Alexander (DIE LINKE.)	36, 37
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)			

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	10

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In welcher Weise ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bis zur Entscheidung des Deutschen Bundestages über den Verbleib des im Bundesverkehrswegeplan festgesetzten naturschutzfachlichen Planungsauftrages in die Abarbeitung desselben eingebunden?

2. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Bezieht sich der naturschutzfachliche Planungsauftrag und seine Abarbeitung auf den gesamten Bau der Bundesautobahn A 14 zwischen Magdeburg und Schwerin oder auf einzelne Abschnitte?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

3. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.) Plant die Bundesregierung noch in diesem Jahr eine Gesetzesnovelle zur Fortentwicklung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG), und wenn ja, inwieweit?

4. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.) Inwieweit teilt die Bundesregierung die Forderung nach Einrichtung von mindestens 100 000 Ausbildungsplätzen in staatlichen Berufsausbildungszentren, die gemeinsam von Staat und Unternehmen finanziert werden sollen (vgl. Berliner Zeitung vom 20. Februar 2006)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

5. Abgeordneter
Dr. Norman Paech
(DIE LINKE.) Spricht aus Sicht der Bundesregierung etwas dagegen, im Konflikt um das iranische Atomprogramm die von der International Crisis Group am 23. Februar 2006 vorgeschlagene neue Option aufzugreifen, mit der die Europäische Union das grundsätzlich im Atomwaffensperrvertrag garantierte Recht des Iran auf Urananreicherung auf eigenem Territorium an-

erkennen würde und der Iran im Gegenzug eine mehrjährige Aufschiebung seiner Urananreicherung, eine Begrenzung ihres Ausmaßes und ein striktes Inspektionsregime akzeptieren würde (vgl. Iran: Is there a Way out of the Nuclear Impasse?, Middle East Report No. 51, International Crisis Group, 23 February 2006), und wenn ja, was?

6. Abgeordneter
Dr. Norman Paech
(DIE LINKE.)
- Spricht nach Ansicht der Bundesregierung etwas dagegen, sich bei den Mitgliedern des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen dafür einzusetzen, dass der Sicherheitsrat eine umfassende Friedenskonferenz für den Nahen und Mittleren Osten auf der Grundlage der vorbehaltlosen Anerkennung des Existenzrechts aller Staaten der Region und des vorbehaltlosen Gewaltverzichts gegenüber allen Staaten der Region so bald wie möglich einberuft, und wenn ja, was?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

7. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen hat – nach Ansicht der Bundesregierung – die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Februar 2006 zum Luftsicherheitsgesetz auf die Tätigkeit und die rechtliche Grundlage zur Einrichtung des Nationalen Lage- und Führungszentrums für Sicherheit im Luftraum in Kalkar?
8. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Welche Aufgaben kann – nach Ansicht der Bundesregierung – das Nationale Lage- und Führungszentrum für Sicherheit im Luftraum in Kalkar nach dem Urteil noch ausführen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

9. Abgeordnete
Irmingard Schewe-Gerigk
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung verhindern, dass als Folge der Pläne der Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, zur Abschaffung des Anwaltszwangs bei einverständlichen Scheidungen kinderloser Ehepaare, die sich über Unterhalt, Hausrat und

Wohnung geeinigt haben („Scheidung light“) Prozesskostenhilfeberechtigte im Ergebnis schlechter gestellt werden?

10. Abgeordnete
**Irmingard
Schewe-Gerigk**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird der Kritik unter anderem von Fachverbänden (Deutscher Anwaltsverein, Bundesrechtsanwaltskammer) Rechnung getragen, dass durch die Scheidung ohne Anwalt der Schutz des schwächeren Ehepartners ausgehöhlt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

11. Abgeordneter
**Lutz
Heilmann**
(DIE LINKE.)
- Welche Vereinbarungen finanzieller Art und bezüglich des Zeitplans für eine Entscheidungsfindung hat der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, in seinem Gespräch am 9. Februar 2006 mit dem Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, Peter Harry Carstensen, zum Bau einer festen Fehmarn-Belt-Querung getroffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

12. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung in den derzeit laufenden Verhandlungen zu den neuen Förderbedingungen für die Strukturfonds der Europäischen Union im Zeitraum 2007 bis 2013 hinsichtlich der Vermeidung von subventionierten Betriebsverlagerungen innerhalb der Europäischen Union?
13. Abgeordnete
**Ute
Koczy**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass der Bundesregierung Voranfragen von deutschen Banken oder Unternehmen zu Hermesbürgschaften für den Bau des geplanten bulgarischen Atomkraftwerkes Belene vorliegen, und wenn ja, wie wird die Bundesregierung sich dazu verhalten?

14. Abgeordnete
Ulrike Höfken
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Folgen der enormen Marktkonzentration bei der Stromproduktion bzw. bei der Gasbeschaffung auf den Wettbewerb?
15. Abgeordnete
Ulrike Höfken
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung gesetzliche Initiativen für mehr Transparenz bei Gas- und Strompreisen z. B. über Offenlegungspflichten zur Preiskalkulation, und wenn nein, warum nicht?
16. Abgeordneter
Dr. Reinhard Loske
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung Haushaltsmittel für vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie seit 25 Jahren geförderte stationäre Energieberatung freizugeben?
17. Abgeordneter
Dr. Reinhard Loske
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Folgen können die angekündigten Fusionspläne europäischer Energieversorger auf die Verbraucherpreise und -versorgung haben (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 28. Februar 2006)?
18. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die Einführung einer Verbandsklage für Verbraucherverbände im Energiewirtschaftsgesetz ein effektives und unbürokratisches Mittel zur Stärkung der Verbraucherinteressen ist?*)
19. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche verbraucherpolitischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Fazit des Berichtes der EU-Kommission zum Stand der Marktöffnung und zum Wettbewerbsverhalten der Energieversorger Europas, dass auf den Strom- und Gasmärkten noch kein ausreichend funktionierender freier Wettbewerb entstanden ist?

*) Siehe hierzu auch Frage 23.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

20. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den Verbraucherzentralen zusätzliche Finanzmittel für den zusätzlichen Beratungsaufwand im Zusammenhang mit mittlerweile 500 000 geschätzten protestierenden Gaskunden zu gewähren?
21. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Welche wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen erwartet die Bundesregierung hinsichtlich der Bekämpfungsmaßnahmen gegen die Geflügelpest sowohl für die privaten als auch für die öffentlichen Haushalte?
22. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Welche Gründe und Argumente haben die Regierungen Frankreichs und der Niederlande im Rahmen der Krisensitzung der EU-Agrarminister am 20. Februar 2006 in Brüssel hinsichtlich der Zulassung von Impfoptionen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Geflügelpest geltend gemacht?
23. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung, dass es bei den Vogelgrippe-Funden in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein wieder 7 bzw. 9 Tage gedauert hat, bis die Ergebnisse der H5N1-Tests vorlagen, und was unternimmt die Bundesregierung, um solche Verzögerungen bei der Seuchenbekämpfung endlich abzustellen?*)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

24. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Forderung des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen e. V. (VdAK) und des AEV-Arbeiter-Ersatzkassen-Verbandes e. V. ein, dass das Heimrecht in Analogie zum Pflege-Versicherungsgesetz (Elftes Buch Sozialgesetzbuch) auch weiterhin bundeseinheitlich gere-

*) Siehe hierzu auch Frage 18.

gelt sein müsse und daher nicht im Zuge der Föderalismusreform in Länderkompetenz übertragen werden solle, und wie begründet die Bundesregierung ihre Einschätzung?

25. Abgeordnete
**Elisabeth
Scharfenberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie schätzt die Bundesregierung die Kritik des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) und des VdAK/AEV ein, dass mit einer Zersplitterung des Heimrechtes in 16 verschiedene Länderregelungen kein Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet werde, und wie begründet die Bundesregierung ihre Einschätzung?

26. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung das Risiko der Gefährdung einheitlicher und hoher Pflegestandards in Deutschland, wenn das Heimrecht im Zuge der Föderalismusreform in die Kompetenz der Länder übergeht, und sieht die Bundesregierung bei diesem Vorgehen das Reformziel von mehr Transparenz in den Bund-Länder-Beziehungen gewahrt, wenn theoretisch 16 verschiedene Heimgesetzgebungen möglich sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

27. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie ist der Bearbeitungsstand beim Fünfjahresplan zum Ausbau der Bundesfernstraßen, und wann wird dieser verabschiedet?

28. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesrepublik Deutschland als Gesellschafterin der Flughafen München GmbH (FMG) dem Beispiel des Mitgesellschafters Freistaat Bayern folgen, Teile des Gesellschafterdarlehens an den Münchener Flughafen zurückzufordern, und wenn nein, warum nicht?

29. Abgeordneter
**Christian
Freiherr von Stetten**
(CDU/CSU)

Wie ist im Hinblick auf den vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages vorgelegten Bericht über

- die Qualität, Dauerhaftigkeit und Sicherheit von Spannbetonbrücken der Zustand der Kochertalbrücke im Landkreis Schwäbisch Hall zu bewerten, die als Teil der Bundesautobahn A 6 in Baden-Württemberg bedeutsame Verkehrsströme zu bewältigen hat?
30. Abgeordneter
Christian Freiherr von Stetten
(CDU/CSU)
- Lässt es der Zustand der Brücke zu, dass die Brücke, wie von der Straßenbauverwaltung geplant, zukünftig statt auf 4 auf 6 Fahrspuren befahren werden kann?
31. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten für eine Kofinanzierung der festen Fehmarn-Belt-Querung durch die EU angesichts der Vereinbarung der EU-Staats- und Regierungschefs zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU, nach der die für die Finanzierung der vorrangigen Projekte innerhalb der transeuropäischen Verkehrsnetze bisher veranschlagten Mittel drastisch gekürzt wurden?
32. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, dass eine mautpflichtige feste Fehmarn-Belt-Querung genauso wie die Öresund-Querung zwischen Dänemark und Schweden von den Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern nicht wie erwartet angenommen werden könnte, und wenn nein, warum nicht?
33. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für wie wahrscheinlich beurteilt die Bundesregierung staatliche Beihilfen für den Bau einer festen Fehmarn-Belt-Querung, und befürwortet die Bundesregierung solche Beihilfen?
34. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Stand haben Gespräche des Bundes mit dem Land Schleswig-Holstein und Verhandlungen zwischen den zuständigen Ressorts der Bundesregierung über Staatsgarantien für die feste Fehmarn-Belt-Querung?
35. Abgeordneter
Lutz Heilmann
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, im Zuge der öffentlichen Diskussion um die geplante Kürzung der Regionalisierungsmittel, wie in der

„Berliner Zeitung“ vom 23. Februar 2006 zitiert, die Zweckentfremdung der Mittel aus dem Regionalisierungsgesetz (RegG) durch die Bundesländer kritisiert, da diese die Mittel unter anderem für den Ausbau regionaler Schienenstrecken verwenden, und da bislang die Mittel nach § 8 Abs. 1 RegG für die Bestellung von Verkehrsleistungen und die Mittel nach § 8 Abs. 2 RegG für die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs verwendet werden sollten, wofür hätten nach Auffassung der Bundesregierung die Mittel nach § 8 Abs. 2 RegG verwendet werden sollen, wenn nicht für Investitionen in regionale Schienenstrecken?

36. Abgeordneter
**Alexander
Ulrich**
(DIE LINKE.)

Welche Genehmigungen und Rechtsgrundlagen durch deutsche Flugsicherungsbehörden sowie Meldepflichten von Seiten der USA sind nach Auffassung der Bundesregierung für die Military-Airlift-Command-Flüge von US-amerikanischen Fluggesellschaften erforderlich, die den zivilen Flughafen Hahn routinemäßig als Zwischenstopp für den Transport von Soldaten und militärischen Gütern u. a. nach Afghanistan und Kuwait nutzen, und welche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung in der Umgebung des Flughafens Hahn müssen wegen dieser Nutzung des Flughafens für militärische Zwecke unternommen werden?

37. Abgeordneter
**Alexander
Ulrich**
(DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass der ehemalige US-Militärflughafen Hahn mit öffentlichen Geldern im Rahmen eines Konversionsprojekts zu einem zivilen Flughafen umstrukturiert wurde, der Auffassung, dass die gegenwärtige Nutzung des Flughafens Hahn für US-amerikanische Militärtransportflüge nach Afghanistan und Kuwait mit dem Sinn und Zweck des Konversionsvorhabens vereinbar ist, und wenn ja, mit welcher Begründung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

38. Abgeordnete
**Katja
Kipping**
(DIE LINKE.)

Wie viele in eheähnlicher Lebensgemeinschaft lebende, arbeitslos bzw. Arbeit suchend gemeldete Frauen und Männer (bitte getrennt auflühren) bekommen aufgrund der Anrechnung von Partnerein-

- kommen keine Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, und wie viele dieser Frauen und Männer sind nicht krankenversichert?
39. Abgeordnete
Katja Kipping
(DIE LINKE.)
- Wie viele der o.g. Frauen und Männer (bitte getrennt aufführen) erhielten bisher Angebote der Arbeitsförderung, und welche Arbeitsförderungsangebote erhielten diese Frauen und Männer (bitte nach Angebotsarten und Geschlecht getrennt aufführen)?
40. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)
- Wie hoch waren bzw. sind in den Jahren 1997 bis 2006 die bei den Krankenkassen angefallenen bzw. anfallenden Verwaltungskosten (für 2006 unter Einbezug der Kosten, die den Krankenkassen durch die Vorbereitungen bzw. die Durchführung der Vorverlegung des Fälligkeitstermins für Sozialabgaben entstanden sind) für den Einzug der Sozialversicherungsbeiträge, und welche Beitragseinzugsvergütungen wurden von der Rentenversicherung und den Arbeitgebern dafür jeweils an die Krankenkassen entrichtet?
41. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)
- Entsprachen bzw. entsprechen nach Auffassung der Bundesregierung die den verschiedenen Krankenkassen zufließenden Beitragseinzugsvergütungen im Zeitraum 1997 bis 2006 dem tatsächlichen Verwaltungsaufwand beim Beitragseinzug, und wenn nein, welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um zu gewährleisten, dass die Beitragseinzugsvergütungen im Sinne einer bedarfsgerechten Kostenverteilung berechnet werden?
42. Abgeordneter
Heinz-Peter Hauste
(FDP)
- Wie viele Personen und Bedarfsgemeinschaften unter den Bezieherinnen und Beziehern von Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch sind bisher im Rahmen der im Report des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung“ vom August 2005 erwähnten telefonischen Überprüfungen durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) befragt worden, und wie viele Fälle von Missbrauch und Betrug sind bei diesen freiwilligen telefonischen Befragungen aufgedeckt worden?

43. Abgeordneter
**Heinz-Peter
Haustein**
(FDP)
- Welche Kosten verursacht das extra für die telefonischen Befragungen der Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen und -bezieher von der BA eingerichtete Servicecenter, und wie viele externe Mitarbeiter und BA-Mitarbeiter sind dort beschäftigt?
44. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass die Bundesagentur für Arbeit die Zuschläge für Maßnahmen der Arbeitsförderung nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V. zunehmend an Bieter erteilt, deren sozialpädagogische Fachkräfte aufgrund knapper Preiskalkulation ein Bruttomonatsgehalt unterhalb von 1 700 Euro erhalten, und hält die Bundesregierung eine qualitätsvolle aktive Arbeitsmarktpolitik unter diesen Bedingungen für möglich?
45. Abgeordnete
**Brigitte
Pothmer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es zutreffend, dass die Verweildauer von unter 25-Jährigen in Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 von 4,1 Monaten auf 4,4 Monate angestiegen ist, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Zielsetzung des Gesetzgebers, dass unter 25-Jährige innerhalb von 3 Monaten in Ausbildung bzw. Arbeit vermittelt werden sollen, im Jahr 2006 erreicht wird?
46. Abgeordnete
**Brigitte
Pothmer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass für eine unverzügliche und dauerhafte Eingliederung von unter 25-Jährigen eine gute Betreuung unabdingbar ist, die sich durch einen hohen Betreuungsschlüssel sowie durch qualifiziertes Fallmanagement und hohe Kontaktdichte auszeichnet, und welche Auswirkungen haben nach Ansicht der Bundesregierung die durch die Absenkung der Regelleistung für unter 25-Jährige notwendig werdende zusätzliche Personalbindung in der Leistungsverwaltung auf Betreuungsschlüssel, Kontaktdichte und Qualifizierung der Mitarbeiter in den Arbeitsgemeinschaften?
47. Abgeordnete
**Kornelia
Möller**
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen für die Bundesagentur für Arbeit, insbesondere welche personellen Folgen sowie damit zusammenhängende Auswirkungen für die Realisierung der Vermittlungs- und Eingliederungsaufgaben der BA, hat die Entscheidung der Bundesregierung, unmittelbar mit der Umsetzung der Kürzung des Arbeitslosengeldes II für junge Menschen im Alter von 18 bis 25 Jahren zu beginnen?

48. Abgeordnete
Kornelia Möller
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich des Sachverhaltes vor, dass Arbeitssuchende für Tage und sogar Wochen in bestimmten Unternehmen verschiedener Branchen auf „Probe arbeiten“, ohne in irgendeiner Form entlohnt und sozial gesichert zu sein, und wie will die Bundesregierung einen derartigen Umgang mit der gegenwärtig herrschenden hohen Arbeitslosigkeit bekämpfen?
49. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(DIE LINKE.)
- Wie viele Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer haben im Jahr 2005 nach § 8b des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) Leistungen der aktiven Arbeitsförderung bekommen, insbesondere für Beratung und Vermittlung sowie Förderung der beruflichen Weiterbildung durch Übernahme der Weiterbildungskosten?
50. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass die Bundesagentur für Arbeit nach eigenem Bekunden die Erteilung von Zuschlägen für Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen nicht davon abhängig machen will, dass die Bieter ihren Angestellten am Tarif des öffentlichen Dienstes orientierte Gehälter zahlen?
51. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung ihren Einfluss auf die BA geltend zu machen, um im laufenden Ausschreibungsverfahren sicherzustellen, dass nicht länger nur der Preis, sondern auch die Qualität der Erbringung von Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bestimmend für die Vergabe sind?
52. Abgeordneter
Jörg Rohde
(FDP)
- Wie viele Zertifizierungen für Maßnahmen und Träger nach den §§ 84 bis 87 SGB III sind seit Inkrafttreten des Gesetzes erfolgt, und wie bewertet die Bundesregierung die bislang gemachten Erfahrungen mit dem Zertifizierungszwang?
53. Abgeordneter
Jörg Rohde
(FDP)
- Bestehen zum heutigen Zeitpunkt bei der Bundesregierung Überlegungen oder Planungen für Korrekturen, Änderungen oder den Wegfall des Zertifizierungszwangs nach den §§ 84 bis 87 SGB III?

